

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Einzelheft in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zahlung sowie bei ein- maliger Zahlung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 Mk., monatlich 1.60 Mk. Die einjährige 17 Mk. und dreijährige 45 Mk. Auf Kapfen unter Gütern- und Wohnungsmietern, einjährige 10- und dreijährige 25 Mk. Bestagungspreis laut Tarif. Anzeigenpreise gegen Vorzahlung. Einzelhefte des Vorabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marie-Annen-Str. 35/40.
Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 305 Leipzig.

Redaktion nur mit deutscher Correspondenz („Dresdener Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht entböhrt.

Wissells Rücktritt.

Die Krise im Reichswirtschaftsministerium.

(Von unserem Weimarer Sonderberichterstatter.)
Weimar, 11. Juli. In der Angelegenheit des Rücktritts Wissells und des Endes der Plauwirtschaft, worüber in der Presse die widersprechendsten Nachrichten verbreitet worden sind, erläßt die Regierung folgende Erklärung:

Am vorigen Mittwoch hat sich das Kabinett anlässlich einer Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei mit der Wissellschen Plauwirtschaft beschäftigt. In längerer Aussprache entschied sich das Ministerium für die Ablehnung der Wissellschen Pläne. Herr Wissell hat dann, nachdem die Fraktion der Mehrheitssozialisten am Donnerstag die Faltung der mehrheitssozialistischen Mitglieder des Kabinetts gebilligt hatte, die Konsequenzen daraus so weit gezogen, daß man mit einer Neubekennung des Reichswirtschaftsministeriums bestimmt wird rechnen müssen.

Ueber die Stellung des Kabinetts zu den Wirtschaftsfragen wird weiter folgendes mitgeteilt: Das Kabinett ist von dem Wunsche befeuert, daß wir nicht eine noch abun- deuzere Wirtschaft erhalten, als bisher. Aus- drücklich hat es auch keinen Sinn, nach der voraussichtlich bereits am Sonnabend erfolgenden Aufhebung der Blockade noch eine innere Blockade zu errichten. Man wird sich bestreben müssen, im freien Handel den Einzelkredit durch staatliche Kredite zu stützen, damit gewisse Bedürfnisse der minderbemittelten Bevölkerung wie z. B. Textilwaren, Leder usw. unbedeutend eingeführt werden können. Für diese Bedürfnisse werden die Grenzen ohne weiteres geöffnet werden müssen. Man ist aber entschlossen, in dieser Beziehung nichts zu tun, was eine spätere Sozialisierung erschweren könnte. Diese Notwendigkeiten unserer Wirtschaftslage sind auch im Kabinett mahgebend für die Haltung gegenüber den Wissellschen Plänen gewesen. Man hätte Wissells Arbeitskraft im Kabinett gern erhalten, doch hat er sich schämbar mit seinen Plänen derart identifiziert, daß mit seinem Verbleiben wohl nicht zu rechnen ist.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 11. Juli. Gutem Vernehmen nach wird die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen schon in kommenden Woche beginnen. Eine Savas-Depesche vom Donnerstag früh meldet, daß der Ministerpräsident Clemenceau den Befehl gegeben hat, mit dem Abtransport aus den Gefangenenerlagern Montauz zu beginnen. Die Heimkehr der Kriegsgefangenen kann erst im rechtsrheinischen Gebiet erfolgen.

Deutsche Arbeiter nach Nordfrankreich.

Rotterdam, 11. Juli. Die „Times“ meldet aus Paris: Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs werden von Deutschland nach der Ratifikation 200 000 Arbeitskräfte angelernt werden.

Die Opfer von Scapa Flow.

Genf, 10. Juli. Aus London wird gemeldet: Die Antwort auf die deutschen Beschlüsse, nach denen wehrlose deutsche Seeleute von Engländern bei den sinkenden Schiffen von Scapa Flow niedergegeschossen seien, ist gestern abgegangen. Es heißt darin, daß englische Offiziere den deutschen Seeleuten befohlen hätten, auf die sinkenden Schiffe zurückzugehen, um das Versinken zu verhindern. Man hätte erst auf die Boote geschossen, als die Deutschen diesem Befehl nicht Folge leisteten. Dies bedeutete keinen Gewaltakt gegen wehrlose Seeleute, (!) die Engländer hätten sogar allen denen, die in Gefahr schwebten, Hilfe geleistet. Diese Maßnahme (das Schließen auf die Boote) sei verfehlt, da man deutscherseits nicht dem englischen Befehl Folge leistete, die deutschen Schiffe, soweit möglich, über Wasser zu halten.

Rückkehr Deutscher aus Amerika.

Rotterdam, 10. Juli. „Nieuwe Rotterd. Cour.“ meldet, daß heute abend der Dampfer „Martha Washington“ mit Deutschen aus Amerika an Bord, und zwar 780 Männern, 71 Frauen und 47 Kindern, in Rotterdam ein- tritt. Der Dampfer „Prinzess Natalia“ trifft am 15. Juli mit einem weiteren Transport Deutscher aus Amerika in Rotterdam ein.

Ratifikation und Blockade-Ende.

Von unterrichteter Seite wird gemeldet, daß nachdem die Ratifikation des Friedens durch die Deutsche Nationalversammlung und den Reichspräsidenten bereits vollzogen und nach Paris gemeldet worden ist, die Aufhebung der Blockade und der vom Obersten Wirtschaftsrat der Alliierten verfügten Handelsbeschränkungen mit Deutschland am Sonnabend, spätestens am Sonntag erfolgen werde. Die unmittelbare Wirkung der Aufhebung der Blockade wird ein harter Strom von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein. Private Firmen haben in den letzten Monaten fast ausnahmslos mit Unterstützung der Regierung große Einkäufe in den neutralen Ländern besorgt, hauptsächlich in Oelen und in Tabak, die noch erfolglos Aufhebung der Blockade möglich ist, schnell nach Deutschland herangebracht werden sollen. Auch Lebensmittel sind in sehr beträchtlichen Mengen eingekauft worden und sollen mit möglicher Beschleunigung an die Auftraggeber geliefert werden.

Regler Schiffsverkehr in Stettin.

Stettin, 11. Juli. Der Stettener Schiffsverkehr nimmt einen erheblichen Aufschwung an. An einem Tage wurden nicht weniger als 31 ein- und ausgehende Schiffe gelehrt.

Nur ein moralischer Tadel für den Kaiser.

Berlin, 11. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ stellt fest, daß die Frage der Beurteilung des Kaisers in politischen englischen Kreisen lebhaft diskutiert wird. Selbst gute Patrioten seien der Ansicht, die in Aussicht genommenen Lord Reading und Lord Sumner könnten als Richter nicht in Frage kommen, weil sie während des Krieges Missionen erfüllt hätten, die direkt mit dem Kriege in Beziehung standen. Auch der Tower könne als Unterkunft für den Kaiser nicht in Frage kommen. Der Berichterstatter laßt sein Urteil dahin zusammenfassen, daß man offenbar eine Lösung auf der mittleren Linie gern sehen würde, durch die der Prozeß vermieden werden könne und dem früheren Kaiser nur ein moralischer Tadel ausgesprochen werde; er glaubt, eine derartige Lösung werde von der englischen Regierung auf- genommen werden.

Rein Präjudiz.

Amsterdam, 10. Juli. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt: Die einzige Bedingung, die die Mitglieder des Parlaments in die Entscheidung über den Grad der Strafe, die über den Kaiser verhängt werden soll, knüpfen, ist die, daß sie kein Präjudiz für die Behandlung der weniger hochgestellten Deutschen bilden soll, die wegen besonderer Verurteilungen vor Gericht gezogen werden sollen. Es besteht allerdings der Wunsch, daß die schweren Strafen, die das Gesetz für die schuldigsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorsieht, nicht gemildert werden sollen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß keine der Fragen, die bezüglich der Zweckmäßigkeit des Verfahrens gegen den Kaiser aufgeworfen wurden, für die Anklagen gegen seine früheren Untertanen gilt, deren Namen auf der Liste der Alliierten stehen. Niemand bezweifelt, daß diese Personen ohne Ausnahme einem gerichtlichen Verfahren unterworfen werden müssen.

Amsterdam, 11. Juli. Daily News vom 9. Juli meldet aus Paris zur Frage der Verhandlung gegen den vor- maligen deutschen Kaiser, es sei bemerkenswert, daß die französische Presse und das französische Publikum kein Interesse für die Verhandlung zeigen. Das gewählte Verfahren gegen den Kaiser entspreche nicht dem Geiste des französischen Volkes. Wilson ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Beschluß, die Verhandlungen in London stattfinden zu lassen, hauptsächlich vom Rat der Vier gefaßt worden ist, und daß Wilson es vergessen hat, ihn von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Daraufhin hat jetzt Lansing nichts mehr dagegen einzuwenden, daß das Verfahren in London stattfindet. In Paris ist man jedoch der Ansicht, daß die Auslieferung des vor- maligen Kaisers nicht so einfach ist, wie viele sich vorstellen. Von amerikanischer Seite verlautet, daß Schwierigkeiten mit der holländischen Regierung zu erwarten seien.

Bern, 11. Juli. Wie der „Temp“ erfährt, gedenkt der ehemalige deutsche Kaiser an die alliierten Regierungen das Ersuchen zu richten, von einer Amnestie seiner Person abzusehen. Dagegen werde er freiwil- lig einen Ort außerhalb Europas aufsuchen. Mit Bestimmtheit verlautet, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde. Alle Meldungen über den Ort der Aburteilung des Kaisers seien freie Erfindungen. Die englische Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt.

Nach der „Daily Mail“ würden die Militärgerichte zur Beurteilung der des Vergehens gegen die Kriegsgesetze beschuldigten Deutschen zur Angehörigen der Todes- strafe berechtigt sein. Die Angehörigen dürften sich ihre Verteidiger selbst wählen und Bezugs aus Deutsch- land und aus anderen Ländern benennen. Die Verhandlungen dürfen öffentlich sein.

Das rachsüchtige Belgien.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 11. Juli. Eine Savas-Depesche veröffentlicht die öffentliche Anklage Belgiens gegen Wil- helm II., die am 8. Juli der Alliierten-Konferenz aus- gegangen ist. Sie lautet auf Verbrechen der Inflation, auf Plünderungen, Eigentumsbeschädigungen, Freiheitsberau- bung und Mord.

Frankreichs namenlose Angst.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 11. Juli. Wie aus Paris berichtet wird, wünscht Frankreich, daß in der Verfassung des Völker- bundes genügende Garantien für seinen Schutz gegen unerwartete Angriffe gegeben werden. Die Kom- mission der französischen Kammerangelegten hat die Regierung ersucht, in diesem Sinne bei den alliierten Regie- rungen zu wirken.

Der wahre Zweck der Kriege.

Rotterdam, 11. Juli. „Manchester Guardian“ meldet, daß sich eine Reihe großer englischer Handelshäuser zu einem Syndikat zusammengeschlossen hat, das in Deutschland und Oesterreich innerhalb Jahresfrist über 3000 Handelsniederlassungen errichten wird.

Berlin, 11. Juli. Wie wir erfahren, werden in den großen Berliner Hotels Wohnungen für amerikanische und englische Großfinanziers für die zweite Augustwoche reserviert. Die in Berlin weilenden Entente- Kommissionen bereiten die Gründung eigener Handels- kamern in der Entente in Deutschland vor.

Rotterdam, 11. Juli. Der „Manchester Guardian“ mel- det, daß bis Mittwoch abend beim Cloud in London 74 en- g- lische Schiffe für die Route nach deutschen Häfen ange- meldet waren.

Neue Verdrehungslünfte Erzbergers.

Nachdem Reichsfinanzminister Erzberger durch Dr. Helfferich in der „Kreuzzeitung“ sein Verhalten zu den Steuer- vorlagen im Jahre 1918 vor Augen gehalten worden ist, läßt er jetzt folgende offiziöse Verlautbarung in die Welt gehen:

Weimar, 10. Juli. Von unterrichteter Seite wird er- klärt: Der frühere Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Dr. Helfferich, behauptet in längeren Ausführungen in Nr. 315 der „Kreuzzeitung“ vom 9. d. M., der Reichs- finanzminister Erzberger habe Anfang 1916 Herrn v. Weichmann-Hollweg gegenüber burakried- liche Bedenken gegen die von Dr. Helfferich eingebrach- ten Kriegsteuern geltend gemacht. Diese Behauptung ent- spricht der Wahrheit. Herr Dr. Helfferich vermag aber, zu erwähnen, daß die Bedenken des Herrn Erzberger sich nicht gegen neue Steuern an sich richteten, sondern gegen die in- direkten Steuern und Abgaben des Herrn Dr. Helfferich und gegen den durchaus mangelhaften Ausbau der Kriegsgewinnsteuer. Gerade von der Be- lastung breiter Volksmassen durch die Helfferichschen Ver- brauchssteuern befürchtete Herr Erzberger ungünstige Wir- kungen für den Burgfrieden, nicht aber von einer wirk- lichen Kriegsgewinnsteuer. Durch diese Sachlage wird die von Herrn Erzberger kürzlich gefernschichtete Finanz- abänderung des Herrn Dr. Helfferich von diesem voll be- tätigt.

Dazu schreibt der „Kreuzzeitung“ Staatsminister Dr. Helfferich:

1. Weder in der Mitteilung des Herrn Dr. Spahn, noch derjenigen des Reichskanzlers v. Weichmann-Hollweg über den Vorstoß des Herrn Erzberger gegen die Kriegsgewinn- steuern war von einem notwendigen Ausbau der Kriegsgewinn- steuern auch nur mit einem Wort die Rede.

2. Die erste Vorlage über die Besteuerung der Kriegsgewinne ist von mir in den ersten Monaten meiner Amtszeitigkeit aus eigener Initiative in Angriff genom- men und dann dem Bundesrat und Reichstag vorgelegt worden.

3. In der Budgetkommission hat Herr Erzberger mit dem gesamten Zentrum gegen die von Sozialdemo- kraten beantragte Ergänzung der Kriegsgewinn- steuern durch eine Wiederholung des Wehrbeitrages und eine Erbschaftsteuer gekämpft.

4. Dem Reichsrat des Hauptauschusses auf Erweite- rung der Kriegsgewinnsteuer, insbesondere auf Erhöhung der Sätze gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen, sowie auf Ergänzung durch eine Abgabe von den während des Krieges infolge gebliebenen Vermögen, habe ich unter Ueber- windung großer Schwierigkeiten im Bundesrat im Wege eines auch von dem Zentrum und Herrn Erzberger gebillig- ten Kompromisses zur Annahme verholten. Die Schwierigkeiten beruhten nicht zum wenigsten darauf, daß der damalige bayerische Ministerpräsident Graf Hert- ling, wie er mir am 11. Mai 1918 sagte, von dem Ab- geordneten Erzberger die Mitteilung erhalten hatte, jedes Zugeständnis in der Vermögensbesteuerung wäre un- nötig, wenn nur Helfferich mehr Festigkeit zeigte. Der jetzige Vizepräsident der Nationalversammlung, Herr Con- rad Hauemann, schrieb mir damals: „Ihnen und wirk- lich Ihnen persönlich ist es gelungen, den hoch- beladenen Heuwagen der Steuererleichterung durch das Scheunen- tor des Kompromisses zu führen.“

5. Angesichts dieses Sachverhalts wagte Herr Erzberger geteilt in der Nationalversammlung die Behauptung: „Staatssekretär Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuererleichterung, namentlich der Kriegs- gewinnsteuer, widersetzt, sie glatt abgelehnt.“ Herr Erzberger hat mit dieser Behauptung wieder einmal be- wußt das Gegenteil der Wahrheit gesagt.

Die Finanzminister gegen Erzberger.

Weimar, 11. Juli. Reichsfinanzminister Erzberger hat in seiner Programmrede durchblicken lassen, daß er die Kompetenzen der Reichsfinanzverwaltung auf dem Gebiete der Steuererleichterung und der Steuer- erhöhung wesentlich zu erweitern gedenkt. Die einzel- staatlichen Finanzminister werden nun am Sonntag in Weimar erwartet, um diese Frage mit dem Finanzminister Erzberger zu besprechen. Soviel verlautet, bezieht bei den einzelstaatlichen Regierungen eine ziemliche Er- zögerung über diese neuen Pläne, weil sie darin das Ende ihrer Selbständigkeit erblicken.

Der Stichtag für die Vermögensabgabe.

Durch die Blätter ging die Nachricht, daß als Termin für die neue Vermögensabgabe der 31. Dezember 1918 fest- gesetzt wäre. Wie die „Deutsche Wg. Ztg.“ erfährt, ist diese Nachricht nicht zutreffend; vielmehr ist der 31. Dezem- ber 1919 in Aussicht genommen und zwar deshalb, weil einmal die Vermögensverluste, die in Verbindung mit der Revolution eingetreten sind, berücksichtigt werden sollen, und andererseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die Revolutionsgewinne mit herangezogen werden sollen.

Einigung in der Schulfrage?

Nach einer Weimarer Meldung der „Röln. Ztg.“ haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reichs- ministeriums des Innern und der beteiligten Par- teien über die Frage des Schulkompromisses zu einer Einigung in Preußen geführt. Danach hätten sich die preussischen Minister zu einer Nachgiebigkeit bereitfinden lassen, die sich dahin äußert, daß die Zuständigkeit in Schulfragen in Preußen von der Landesregierung auf die Provinzialregierungen, also in erster Linie auf die Provinziallandtage, abgehoben werden soll. Es würde dadurch in Schulfragen eine Autonomie der Provinzen eintreten, die den konfessionellen Wünschen der betreffenden Bevölkerungen Rechnung tragen soll.